

Biebrich, 15. Juni 1915.

Das Wesen der Kriegsgetreidegesellschaft.

Halbamtlich wird uns geschrieben: Es besteht in weiten Kreisen des Volkes noch immer die irrthümliche Auffassung, die Kriegsgetreidegesellschaft sei eine **Erwerbsgesellschaft**. Diese Auffassung hat dazu beigetragen, in manchen Kreisen eine gewisse Mißstimmung gegen die Kriegsgetreidegesellschaft zu erzeugen, besonders in denjenigen Erwerbsständen, die sich durch einzelne notwendige Maßregeln der Kriegsgetreidegesellschaft in ihren Sonderinteressen geschädigt fühlen. Die Kriegsgetreidegesellschaft hat solche Maßnahmen nicht immer vermeiden können, wenn sie ihr Ziel, die Ernährung des Heeres und der Zivilbevölkerung bis über die neue Ernte hinaus sicherzustellen, erreichen wollte. Bei der großen Opferwilligkeit der Nation würden diese einigen Berufsständen zugemuteten Mißlichkeiten sicherlich gern und willig hingenommen, wenn das Wesen und die Aufgaben der Kriegsgetreidegesellschaft überall bekannt wären. Der leichteren kaufmännischen Beweglichkeit wegen hat man die Kriegsgetreidegesellschaft allerdings in die Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung eingeleidet; eine **Erwerbsgesellschaft** ist sie aber nicht. Sie arbeitet ausschließlich gemeinnützig im Interesse des deutschen Volkes. Ihre Gesellschafter erhalten nur eine Verzinsung ihres Kapitals mit 5 Prozent. Im Einverständnis mit allen Reichs- und Staatsbehörden sucht sie ohne Gewinn und Verlust abzuschließen. Sollte sich ein Ueberschuß ergeben, fällt er schatzungsgemäß zugunsten der Kriegs- und Hinterbliebenenfürsorge dem Reich zu. Die Gemeinnützigkeit ergibt sich sowohl aus der Art der Gesellschaft, wie der Personen in der Verwaltung. Gesellschafter der Kriegsgetreidegesellschaft sind die nachfolgenden Bundesstaaten: Preußen, Bayern, Baden, Sachsen, Mecklenburg-Schwerin, Hessen, Württemberg, Braunschweig, Elsaß-Lothringen; ferner 48 deutsche Großstädte und einige großgewerbliche Unternehmungen, wie Friedrich Krupp, A.-G., Vereinigte Köln-Rottweiser Pulverfabriken, Rheinisch-Westfälisches Kohlen Syndikat u. v.

An der Spitze der Verwaltung steht der Reichskommissar zur Ausführung der Bundesratsverordnung vom 25. Januar, der Unterstaatssekretär im kgl. preussischen Finanzministerium, Wirkl. Geh. Oberfinanzrat Dr. Michaelis zu Berlin. Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses ist der Oberbürgermeister der Stadt Berlin, Erstellens Bernuth. Fernere Mitglieder des Ausschusses sind: der Unterstaatssekretär im kgl. preussischen Handelsministerium, Wirkl. Geh. Obergierungsrat Dr. v. Gappert, Berlin; kgl. Bayerischer Ministerialrat v. Braun; Geh. Regierungsrat und Vortragender Rat im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten v. Krofzig, Berlin; Geh. Regierungsrat und Vortragender Rat im Reichsschatzamt Dr. Cuno, Berlin; Oberbürgermeister kgl. Geh. Rat Dr. v. Borst, München; Oberbürgermeister Geh. Rat Dr. ing. et jur. Geuller, Dresden; Oberbürgermeister Voigt, Frankfurt a. M.; Kommerzienrat Manasse, Stettin; Kaufmann Hugo Stinnes, Wülheim-Ruhr; Geh. Finanzrat a. D. Vorsitzender des Direktoriums der Friedrich Krupp-Aktiengesellschaft, Dr. Eugen-berg, Essen-Ruhr; Frl. v. Wangenheim, Klein-Spiegel; Stadtrat a. D. Dr. Luther, Berlin; Stadtrat Dr. Simonsohn, Berlin; Bürgermeister Dr. Waier, Charlottenburg; Oberbürgermeister Dr. Kuper, Mannheim; Generaldirektor Hofmann, Halle; Geh. Kommerzienrat Louis Hagen, Köln.

Durch die Bundesstatverordnung vom 25. Januar wurde der Kriegsgetreidegesellschaft die Aufgabe zugefallen, das im ganzen Lande beschlagnahmte Getreide von den Landwirten zu den Mühlen zu bringen, es vermahlen zu lassen und das Mehl dem Verbrauch auszuführen. Die Reichsregierung hat geglaubt, daß diese zum großen Teil auf rein kaufmännischem Gebiet liegende Aufgabe nicht durch eine rein beamtete Behörde, sondern durch eine kaufmännisch-technisch organisierte Gesellschaft zu leisten sei. Es wurde deshalb die Kriegsgetreidegesellschaft mit dieser Aufgabe betraut.

Der Stellvertreter des Reichsanwalters, Erzengel Delbrück, erklärte in der Reichstagsführung vom 20. Mai 1915, daß die Kriegsgesetzgesellschaft ihre Aufgabe erfüllt habe, wenn sie auch bereitzustellen unter dem Druck der fürhürbaren Verantwortlichkeit, die auf der Leitung lastete, Fehler gemacht habe, die bei dem schnellsten Aufbau der Organisation nicht zu vermeiden gewesen wären. Sie habe die Ernährung des Heeres und der Zivilbevölkerung bis zur neuen Ernte und darüber hinaus gesichert.

Die Ferien der höheren Lehranstalten. Wie wir mittheilten, ist eine Verlegung der Sommerferien der höheren Lehranstalten der Provinz Hessen-Nassau nicht in Aussicht genommen. Die Ferien beginnen also in Wiesbaden, wie immer, am 16. Juli und enden am 17. August. Am 2. Juli beginnen sie nur im Regierungsbezirk Kassel und in Frankfurt a. M.

Ächtung, Kriegerfrauen! Am Sonntag den 20. Juni findet nachmittags der zweite Volksparagang statt. Die Genossinnen und Genossen treffen sich mit ihren Familienangehörigen um 3 Uhr an den bekannten Stellen. Da uns bekanntlich im Walde nicht alle Plätze zur Verfügung stehen und auch vielen in diesem Jahre nicht als Lagerungsplätze benutzt werden dürfen, ist als Endziel wieder der Eichelgarten vorgelesen. Der Platz ist schattig und von allen Seiten leicht erreichbar. Der Arbeiter-Gesangverein „Bruderkbund“ wird einige Lieder zum Vortrag bringen. Es empfiehlt sich ein Trinkglas oder einen Becher mitzubringen, da diesmal mehr für Erfrischung gesorgt ist. Der Arbeiterbildungsausschuß ladet Freunde und Gönner, besonders die Kriegerfrauen, zu zahlreicher Beteiligung ein.

Diebstich. 15. Juni. (Auszahlung der Familienunterstützung.) Am Mittwoch den 16. ds. Mts. findet von 8 bis 12½ Uhr vormittags und von 3 bis 5½ Uhr nachmittags, die Auszahlung der Kriegs-Familien-Unterstützung für die Zeit vom 16. bis Ende Juni ds. J. statt, und zwar: Anfangsbuchstaben A bis K auf Zimmer Nr. 5, Anfangsbuchstaben L bis Z auf Zimmer Nr. 1 des Rathhauses. Für die Waldstraßenbewohner erfolgt die Auszahlung bereits am Dienstag den 15. ds. Mts. nachmittags von 3 bis 6 Uhr im Postzeigebäude, Waldstraße 62. Hier findet zur gleichen Zeit auch die Auszahlung der Hausmieten für Mai 1915

für die Familien der Kriegsteilnehmer an die Hauseigentümer statt, sowie die Ausstellung und Verabfolgung der Zettel für Lebensmittel usw. Die Ausgabung der Kriegs-Familien-Unterstützung erfolgt nur gegen Vorlegung der blauen Ausweisarten, die der Hausmieter gegen Abgabe der Hausmietzettel.

Die Kriegsfürsorge im Kreise Uffingen.

Endlich hat sich der Kreis Ultingen entschlossen, eine Kriegsfürsorge einzuführen. Unseres Wissens sind es im Kreis nur drei Gemeinden, die neben der staatlichen noch eine örtliche Unterstützung gewähren, nämlich Ultingen, Reichenberg und Anspach. Im Januar dieses Jahres hatten sich schon einmal die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher von Wehrheim und Anspach an den damaligen Verwalter des Kreises Ultingen, Dr. von Heusinger, mit einer Eingabe gewandt, einen Kreistag einzuberufen, der sich mit der Einführung einer Kreisriegsfürsorge beschäftigt. Damals antwortete Dr. v. Heusinger unseren Genossen, daß dazu keine Veranlassung bestehe. Gerade in den Landgemeinden herrscht in den Familien der Kriegsteilnehmer zuweilen große Not. In der Kriegsfürsorgekommission in Anspach kam z. B. folgender Fall zur Sprache: Eine Kriegerfrau hatte an die Kriegsfürsorge die Bitte gerichtet, man möge ihr doch einen Zuschuß zur Miete gewähren. Sie erklärte, daß sie ihre Miete bisher noch immer bezahlt habe, sie habe sich das Geld jedoch am Rande abgezapft. Nunmehr aber ginge es nicht mehr; die ungeheure Teuerung trage ihr redlich Teil dazu bei. Von Kommissionsmitgliedern wurde erklärt, daß man dieser Frau das Abzapfen am Rande ansehen müsse, sie könne ja kaum noch laufen. Begründet dieser Fall nicht geradezu dröselig die Forderung unserer Genossen auf eine Kreisunterstützung schon im Januar. Bedenkt man aber, daß diese Frau außer der Reichsunterstützung noch die Unterstützung der Anspacher Kriegsfürsorge in annehmbarer Höhe (50 Prozent der Reichsunterstützung für die Frau und 40 Pfennig für das Kind pro Woche) erhielt, so wird man wohl ohne weiteres zugeben, daß es in diesen Familien, die nur die Reichsunterstützung beziehen noch trauriger aussehen muß.

Der Landrat des Kreises Uffingen, Dr. Baumeister, der nach monatelanger Feldzugsteilnahme nunmehr die Geschäfte des Kreises wieder übernommen hat, erkennt die Veredrigung einer Kreisunterstützung ohne weiteres an. Im „Uffinger Kreisblatt“ wird nämlich ausgeführt: „Wenn auch durch die Gewährung von Unterstützungen an bedürftige Familien der zur Yahrne einberufenen Mannschaften aus Grund des Gesetzes vom 28. Februar 1888 und 4. August 1914 in der Regel die äußerste Not abgemindert wird, so hat sich doch während des Krieges die Notwendigkeit einer weitergehenden Unterstützung ergeben. In dieser Erkenntnis haben sich denn auch bereits kurz nach Ausbruch des Krieges in der Stadt Uffingen und in einzelnen Landgemeinden „Kriegsfürsorgevereine“ gebildet, die mit freiwilligen Beiträgen und Zuschüssen aus den Gemeindefassen besonders bedürftige Familien mit Geld und Naturalien unterstützen.“ Und der Landrat erklärt dazu: „Es hat sich das Bedürfnis herausgestellt, für den ganzen Kreis die Möglichkeit solcher weitergehenden Kriegsfürsorge zu schaffen und gleichzeitig die so entstehenden Lasten auf breitere Schultern als die der einzelnen Gemeinden zu legen.“

Der Kreistag hat 21 000 Mark bewilligt, die zur Kreisunterstützung Verwendung finden sollen. Ueber die Höhe der einzelnen Sätze ist noch nichts bekannt. Wie sie auch sein mögen, erfreulich ist, daß endlich, wenn auch etwas spät, der Kreis Uffingen sich an seine Pflichten gegenüber den Angehörigen der Kriegsteilnehmer bekennt.

Schwanheim, 15. Juni. (Gemeindevertreterbericht.)
Zur Prüfung der Gemeinderrechnung für das Jahr 1813 werden die Vertreter Sterrmann, Pfeffer und Berg gewählt. Zur Ernennung eines Ortsrichtersmannes werden die Gemeindeglieder des Joh. Jos. Schneider und Joh. Anton Sautan gewählt. Bekanntlich hat die Vertretung im April das Gesuch der Bezugsvertragskommission, das Honorar für die Kommunalärzte von 800 auf 1000 Karz (für jeden Arzt 500 Karz) zu erhöhen, abgelehnt. Es ist wiederum ein Schreiben des Verbandes eingelaufen, in dem zur Kenntnis gebracht wird, daß er sich unmöglich mit diesen Sätzen zufrieden geben kann. Der Gemeinderat bleibt bei seinem alten Beschlusse und schlägt vor, da doch die meisten Familien in den einzelnen Klassen versichert sind, die ärztliche Tätigkeit probeweise von Paß zu Paß zu bezahlen. Dem wird zugestimmt. Herr v. Rastow in Frankfurt beabsichtigt, sich am Pololoch niederzulassen. Zu diesem Zweck ist er mit der Gemeinde in Verbindung getreten, betreffs des nötigen Geländes. Eine Kommission, bestehend aus Gemeindevertretern, hat sich auch schon mit der Angelegenheit beschäftigt. In Frage kommen 18 Morgen. 7 Morgen sollen sofort käuflich mit 5000 Karz pro Morgen erworben werden, 3 Morgen sollen auf Kauzhypothek eingetragen und mit jährlich 4% Prozents verzinst werden. Endgültige Zahlung bis 1. Januar 1820 eventuell auch früher. Die restlichen 8 Morgen sollen auf 20 Jahre mit pro Morgen und Jahr mit 70 Karz verpachtet werden. Mit näher festgelegten Bedingungen wird dem Verkauf zugestimmt. Ein Vertreter erhebt mit Recht Klage, daß trotz des Beschlusses der Vertretung das Quartiergeld alle 14 Tage auszusahlen, nicht geschieht. Mit einer nichtsagenden Begründung sucht der Vorsigende um diese Sache herum zu kommen. Er verspricht Abhilfe, die dringende Klage ist.

Riederhöfstadt, 14. Juni. (Hausbesitzer und Kriegerfrau. Zu dem Artikel in Nr. 135 der „Vollstimmung“ unter obiger Spitzmarke wird uns mitgeteilt, daß die Frau des zum Kriegsdienst eingezogenen Gärtnergehilfen nicht unangenehm, sondern freiwillig ihre Möbe auf dem Speicher des betr. Hausbesizers unterstellt. Nur weil die Kriegerfrau über die Kriegsdauer zu ihren Verwandten ziehen wollte, wird ihr geraten, die Wohnung zu räumen, um dadurch 31 Mark monatliche Miete zu sparen. Dies diene unseren Lesern zur Kenntnis.

Pannu, 18. Juni. (Mit dem Kriegsmehl und dem Kriegsbrot) beschäftigte sich gestern in längerer Verhandlung unsere Strafkammer. Angeklagt war der Bäckermeister A. Wisse wegen Abgabe gesundheitsgefährdlichen Brots. Ein Zigarrenmacher ließ am 6. März d. J. bei Wisse Brot holen, nach dessen Genuss er sich erbrechen mußte. Als der Arbeiter das Brot zurückgeben wollte, erklärte ihm der Bäckermeister: „Ich weiß es schon, das Mehl ist von der Stadt und ist müssig, der Lieferant nimmt es nicht mehr zurück; wenn ich es nicht behalte, bekomme ich überhaupt nicht mehr.“ Das Brot wunderte schließlich zum Oberbürgermeister, woher das beanstandete Brot und das Mehl untersucht. Das Brot war ungenießbar. Das Mehl hatte einen dumpfen, moderigen Geruch.

Sanitätsthat Dr. Beskmann befindet als Sachverständiger, daß das Brot in hohem Maße gesundheitsförderlich sei. Der Lieferant des Mehles, Landesprobirwändler Simon Schmidt, bezieht das Mehl von Hildendronk & Söhne in Mannheim und sagte aus, er sei immer mit dieser Firma zufrieden gewesen. Seine Lieferanten, wie auch die Kriegsgetreidegesellschaft in Berlin, hätten auf seine Beschwerden mitgeteilt, daß eine Mehlsendung etwas muffig gewesen sei. Das sei aber bereits in Antwerpen der Fall gewesen, wo das Mehl längere Zeit auf Schiffen, u. s. w. unadäquat gelagert habe. Das Mehl habe nach den Feststellungen des Herrn Dr. Traunmüller einen Säuregehalt von 6 Prozent, während es nur höchstens 3 Prozent haben darf. Von der Anlagehörde wurden wegen fahrlässiger Nahrungsmittelfälschung drei Tage Gefängnis gegen Bissel beantragt. Er hätte das Mehl vor der Bearbeitung auf seinen Gehalt prüfen müssen. Das Gericht sprach den Mann frei. Die Kosten trägt die Staatskasse. In der Begründung wurde ausgeführt: Es steht fest, daß das Mehl einen moderig-dumpfen Geruch gehabt habe. Weiter ließe sich, daß das beanstandete Brot die menschliche Gesundheit gefährde. Bissel habe aber nur gute Qualität Mehl verbacken und sich auf seinen Lieferanten verlassen, der ihn bereits zehn Jahre gut befehnt habe. Ein Verstoß würde trifft ihn an dem verdorbenen Mehl nicht, und er sei deshalb freisprechen.

Sonnr., 15. Juni. (Nächtg. Arbeiterjugend). Die Abonnenten der Arbeiterjugend trafen sich heute Dienstag abend Punkt 8 Uhr zum Spielen im Schulhofe der Oberhardschule. Keiner fehlte!

Donau, 15. Juni. (Aus der Partei.) Am Donnerstag den 17. Juni, abends Punkt halb 9 Uhr, findet im „Saalbau“ eine Frauen-Mitgliederbesprechung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Parteisekretär Genosse Schnellbacher wird einen interessanten Vortrag halten. Die Genossinnen werden gebeten, an diesem Abend reich zahlreich zu erscheinen und auch für guten Besuch zu agitieren. Auch die Frauen, deren Männer im Fache stehen, werden ersucht, am Donnerstag anwesend zu sein.

Rechenheim, 14. Juni. (Dauerware und Messger-
meister.) Wie bereits bekanntgegeben wurde, ist am Samst-
tag mit dem Verkauf der von der Gemeinde angekauften
Dauerware durch die Messgermeister begonnen worden. Zu-
nächst kommt nur Zeit zum Verkauf. Ueber die Bedingungen
unter welchen die Messger auch die vorgezeichnete Wurst verlan-
gen sollen, konnte bisher eine Einigung nicht erzielt werden.
Die Messger sollen die Wurst auf feste Rechnung und gegen so-
fortige Bezahlung abnehmen. Bei der Unsicherheit in bezug
auf die Güte der gesamten Ware und der Möglichkeit, daß die
Ware nicht den allgemeinen Beschall der Konsumenten findet,
so daß ein Teil un verkauft bleibt, wollen die Messger das mit
dem Verkauf verbundene Risiko nicht auf sich nehmen, und sind
nur für kommissionsweisen Verkauf. Diese Unstimmigkeit
zwischen Gemeindeverwaltung und Messger macht wohl die
Verzögerung in der Abgabe der Wurst erklärlich. Im Inter-
esse der Konsumenten wäre eine baldige Verständigung zu
wünschen. Von vielen Seiten wird die Frage aufgeworfen, ob
sich denn die Abgabe der Dauerware nicht in anderer Form
bewerkstelligen lasse und zwar ohne Mitwirkung der Messger.
Es stehen zweideutige Räden genug zur Verfügung, und der
Verkauf der Ware erfordert keine besonders geübten Kräfte.
Es könnten Mädchen herangezogen werden. Jedenfalls darf
verlangt werden, daß die Sache etwas beschleunigt und das
auf die Dauerware reflektirende Publikum nicht auf eine zu
lange Geduldprobe gestellt wird.

Warburg, 14. Juni. (Selbstmord.) Auf der Mohr-
straße Warburg-Züb-Niederweimer wurde eine Leiche männ-
lichen Geschlechts gefunden. Allem Anscheine nach hat sich der
Mann vom Buge überfahren lassen.

Nochmals das Brüsseler Gastspiel des
Schauspielhauses.

Die von uns vorige Woche feigenagelie verunglückte Kunststreife unseres Schauspielhauses nach Brüssel erfährt auch in einem Teil der bürgerlichen Presse scharfe Kritik. So schreibt die „Sonne“ in einem längeren Artikel:

Es ist ein starkes Eind, das sich da gewisse Leute leisten.
mit hoffen aber, daß sich die Stadtverordneten diesen hanc-
büchernen Unfug nicht bieten lassen werden; abgesehen von der
Plamaze, die Konstant umfassen. Sie hätte die Geschichte betraue
4000 Pfad gekostet. Noch viel schmerzlicher ist jedoch die Leich-
fertigkeit, mit welcher der Magistrat hereingelegt wurde. Man
könnte über den Schwandel, der da inszeniert wurde, lachen, wenn
sich nicht die überaus bedauerliche Tatsache ergäbe, daß selbst
in diesen Kriegsjahren Tausende aus dem städtischen Geldbeutel
mit Leichtigkeit herausgeholt sind, wenn es sich um Dinge
handelt, die — der Innenseckspolizei einzelner entsprechen. Nichts
weniger als lasthaft ist aber die Leichtgläubigkeit des Magistrats
der sich seinerzeit den Herrn Hofrat Gehrend, den sachlich und
moralisch verantwortlichen Urheber der Angelegenheit mal so
gründlich kaufen sollte, daß er in Zukunft vorsichtiger mit Experi-
menten ist, die das geheure Ansehen seiner Bühne wieder auf-
richten sollen.

Wir wollen der hiesigen nicht ausschließenden Kritik der Stadtverordneten nicht vorgehen. Das sich hier wieder ausgespielt hat, rechtfertigt die Entrüstung aller Steuerzahler, und zwar nicht nur über die leichtfertige Art, wie mit dem Ansehen der Stadt Schindluder gespielt wird, sondern auch über die Kritikallosigkeit und Leichtgläubigkeit, mit denen die 4000 Mark bewilligt und um ein Paar auf die Straße geworfen wurden. Was sonst noch hinter den Vorhang in dieser Angelegenheit vorging, das zu untersuchen ist Sache der Theaterkommission, die bekanntlich eine Vertrauenskommission der Bürgerchaft im theatralischen ist.

Und die katholische „Volkszeitg.“ schreibt zu dem Reinfall:

Wenn diese Redungen zutreffen, so handelt es sich hier um eine außerordentlich invidiös gerichtete Rede, die durch reichliche Aufklärung von beteiligter Seite unbedingt klargestellt werden muß. Es muß den daran Beteiligten zugleich durch entsprechende Maßnahmen ein für allemal die Lust genommen werden, mit derartigen Mächtigmachereien die Stadt und unser Schauspielhaus in schlechtes Licht zu setzen. Man darf wohl annehmen, daß in der Stadtverordneten-Versammlung vom Magistrat und dieser wieder vom dem Jubilanten während Aufklärungen in diesem Sinne verlangt werden.

Unseres Eröchtens sollten Magistrat und Intendant auch ohne Zutun der Stadtverordnetenversammlung der Oeffentlichkeit Aufklärung über die inneren Zusammenhänge dieser geplanten Kunstreise geben. Das kann die Bürgerschaft verlangen.

Ziele der Fürsorge für Kriegsbeschädigte.

Unter Vorsitz von Dr. J. Hallgarten fand am Montag in der Frankfurt-Lage eine Versammlung statt, in

der die Frage der Fürsorge für Kriegsbeschädigte erörtert wurde. Die für diesen Zweck geschaffene besondere Organisation erstreckt sich bekanntlich über das ganze Reich; fast jede Stadt hat ihren Ortsausschuß. Zur Erreichung des Zieles, so hob der Vorsitzende hervor, den verunglückten Kriegern zu helfen, und sie für irgend einen Beruf vorzubereiten, seien unheimliche Mittel erforderlich. Zunächst aber gelte es, den Kriegsbeschädigten unbegrenzte Achtung entgegen zu bringen.

Doktor Apotheker Szamotolski als erster Referent gab zunächst ein übersichtliches Bild über die Fortschritte, die die Wissenschaft in der Pflege und Behandlung von Verwundeten in den letzten Jahren gemacht hat. Außerordentlich gute Erfahrungen sind auf dem Gebiete der Gehirnchirurgie, der Sehnen- und Nervenbehandlung gemacht worden. Nicht weniger ist auch die inneren Krankheiten bekämpft, die die Strapazen des Feldzugs bei den Soldaten verursachen. In der Hauptsache sei davon auszugehen, die Kriegsbeschädigten wieder erwerbsfähig zu machen und sie ihrem früheren Berufe zuzuführen. Wo es nur irgend möglich ist, soll der verwundete Soldat auch wieder in seinen alten Betrieb zurückgeführt werden. Das in dieser Richtung an den Unternehmer gerichtete Verlangen sei nicht unbillich; die Arbeitgeber würden auch sicher zu einer Unterstützung bereit sein. Die Betriebe des Staats- und Gemeindegewerks müßten ebenfalls den erwerbsfähigen Verwundeten Aufnahme geben. Mindestens aber müßte man darauf sehen, die Kriegsbeschädigten in ihrer Heimat unterzubringen, das sei man ihnen schuldig. Mit der Behandlung, die Verwundeten für eine Beschäftigung vorzubereiten, müsse auch sofort begonnen werden, damit sich nicht erst bei ihnen die Meinung festsetze, als würden sie überhaupt nicht wieder erwerbsfähig.

Zweiter Redner war Dr. Salvendi, leitender Arzt vom Referendariat Friedrichshagen. Seine Ausführungen boten insofern Interesse, als sie durch Lichtbilder ergänzt und bereichert wurden. Krippen gibt es nach seiner Ansicht nicht mehr, wenn bei den Verletzten nur Energie genug vorhanden sei, diesen Gedanken nicht aufkommen zu lassen. Mit der orthopädischen Behandlung der Verletzten wird jetzt schon im Felde begonnen, nicht wie früher, erst in der Heimat, wenn sich schon Verwundungen entwickelt haben. Amputationen sind vermehrt, weil die orthopädische und chirurgische Behandlung von Verwundeten in der Versammlung anwesend. In dem einen Falle handelte es sich um einen Verwundeten mit einer künstlichen Bein, im anderen um einen Patienten, an dem eine Darmoperation vorgenommen worden war. Ein Stützpunkt der eigenen Haut des Verletzten war mit dem Ballen der Hand recht gut verbunden, so daß der Patient wieder beweglich war. Die Schlussausführungen klangen aus in ein Lob auf die wissenschaftlichen Errungenschaften der Ärzte.

Liebeskummer und Döhl. Aus Gram über die ungetreue Geliebte griff ein Mann in der Kornblumengasse nach der belächelten Döhlflasche. Er trank sie leer, konnte aber gerettet werden, da man ihn rechtzeitig entdeckte und ihm den Magen auspumpte.

Ein Kind zu Tode gestürzt. Der sechsjährige Sohn des Eisenbahnbeamten Koch, Zahnstraße 17, lehnte sich am offenen Fenster der im dritten Stock gelegenen elterlichen Wohnung auf die hölzerne Sicherheitsstange, als diese plötzlich durchbrach. Der Knabe verlor das Gleichgewicht und fiel in die Tiefe. Er erlitt schwere Verletzungen, denen er auf dem Wege nach dem Krankenhaus erlag.

Töblicher Unfall. In einer Lohrstraße der Langestraße geriet ein 45jähriger Fuhrmann zwischen einen Lastwagen und die Hauswand. Hierbei trug der Mann sehr schwere Verletzungen an der Brust davon, die seinen Tod zur Folge hatten.

Lebensmüde Leute. In einem Anfall geistiger Unmuthung erhängte sich in seiner Wohnung, Darmstädter Landstraße 264, der 60jährige Steinmetzmeister Friedrich Maier. — Seinem Leben machte ferner durch Döhl der in der Alten Rothhofstraße 2 wohnende 35jährige Kaufmann Wilhelm Blumlein ein Ende.

Die Schlachtpreise sinken. Dem Preisrückgang für Rinder am Donnerstagmarkt folgte am Freitag ein solcher für Kinder und Schweine. Es ist zwar nicht viel, was insbesondere die Schweine billiger geworden sind; es besteht aber doch ein kleiner Schimmer von Hoffnung, daß die Verkaufspreise etwas niedriger werden. Für Ochsen gingen die Preise um 5 bis 7 und 6 bis 7 Mark und bei Bullen von 7 bis 11 und 8 bis 13 Mark der Zentner Schlachtgewicht. Der erst jetzt erfolgte Preisrückgang der Rinder für diese Fleischsorten dürfte deshalb kaum aufzuheben sein. Bei Kühen betrug der Preisrückgang je nach Qualität sogar zwischen 4 bis 11 Mark. Aufgetrieben waren 228 Ochsen, 84 Bullen, 1003 Kühe, 331 Rinder, 10 Schafe, 1033 Schweine. Marktlagerung: Gedröhter Schlachtkörper; bei Rindern und Schweinen überhand. Bezahlt wurden für Ochsen 125 bis 133 Mark, für Bullen 110 bis 115 Mark der Zentner Schlachtgewicht. Gering gehaltene Kühe kosteten 73 bis 87 Mark. Schweine gingen um 5 bis 6 Mark im Preis herunter; sie kosteten je nach Qualität 138 bis 145 und 150 bis 155 Mark der Zentner Schlachtgewicht.

Zwölfter Genossenschaftstag.

k. Frankfurt a. M., 14. Juni.
(Schlußbericht.)

In das Referat des Dr. Müller (Hamburg) über: „Die Tätigkeit des Verbandes unter besonderer Berücksichtigung der durch den Krieg erforderlichen Maßnahmen“ knüpfte sich eine lebhafte Diskussion:

Heinrich (Dresden), hält es für nötig, ein Wort über die Preispolitik zu sagen, die während des Krieges von den maßgebenden Instanzen geführt worden sei. In den weitesten Kreisen des Volkes wäre das Gefühl vorhanden, daß wir es mit der Ausnutzung des breiten Volkes zu tun haben. (Sehr richtig!) Aufgabe der Genossenschaften sei es, gegen diesen Mißbrauch mit allen Kräften zu wirken. Redner erklärt, daß er und eine Reihe von Freunden mit einigen Wendungen der Motivierung der Forderungen in der Resolution nicht einverstanden sein könnten, weil durch sie ein gewisses politisches Moment hineingetragen werde, ohne daß hierfür eine Veranlassung vorliege. Die Resolution habe auch ohne diese Stellen ihre volle Wirkung. Er wolle es bei dieser Erklärung bewenden lassen, man möge aber aus der Abstimmung keine falschen Schlüsse ziehen, wenn sie der Resolution zustimmen, dann nicht auch diesen Wendungen. (Bravo!) Redner wendet sich zum Schluß gegen einen Artikel in Nr. 32 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“, der nicht dahin gehöre. In dieser sollten politische Gegenstände nicht ausgetragen werden. Früher sei Lieber neutralität gepredigt worden und jetzt treibe man selbst Politik.

Frau Steinbach (Hamburg) bemängelt ebenfalls, daß man das Neutralitätsprinzip verlassen habe. Was in der Resolution kritisiert worden sei, wäre ja nicht gefährlich, aber auch nicht nötig. Den Rednern, die immer nur von revolutionären Theorien reden und den Arbeitern sagen, die Genossenschaften haben keine so große Be-

deutung für die Erreichung unserer Ziele, müsse man den Wind aus den Segeln nehmen. Rednerin beantragt, im ersten Absatz in dem Satz „Verteidigung der nationalen und wirtschaftlichen Existenz“ das Wort „nationalen“ zu streichen. Sie spricht zum Schluß die Hoffnung aus, daß die Genossenschaften den Sieg über die Sieger aller Länder davontragen mögen.

Feuerstein (Stuttgart): Von 120 Generalratsmitgliedern haben nur 10 gegen die Gesamtschlusssatzung gestimmt. Das beweist ihre Zweckmäßigkeit und Berechtigung. Die beanstandeten Sätze stellen lediglich Tatsachen fest. Streicht man sie, so ist die Resolution ein Meßer ohne Klinge. Die Genossenschaften haben die Pflicht, an den großen Gesichtspunkten dieser Weltkrise nicht vorbeizugehen und den Kopf in den Sand zu stecken, sondern auszusprechen, was in wirtschaftlicher Beziehung notwendig ist. Für unser wirtschaftliches Leben ist unsere nationale Existenz Voraussetzung. Würden wir eine Änderung an der Resolution vornehmen, so würde dies nach außen hin einen falschen Schein hervorgerufen. (Beifall.)

Schmidt (Düsseldorf): Das deutsche Volk ist in der unerschütterlichen Weise ausgewichen worden; die Regierung hat dies nicht verhindert. Es ist nicht notwendig, daß die Genossenschaften besonders ihre nationalen Interessen betonen; in dieser Zeit, wo Laufende freiwillig zur nationalen Verteidigung hinausgegangen sind. Die einflussreichsten Kreise der Nation unter nationalen Interessen etwas anderes wie die weite Kreise des Volkes. Die Anerkennung, die das deutsche Volk und besonders die Organisationen der Arbeiter jetzt gefunden hat, ist nur nachgebrungen und widerwillig zugebilligt worden. Es ist eine dringende Notwendigkeit, daß die revolutionäre Kraft des Volkes nicht künstlich abgemurrt wird. Wir wünschen, daß der Kriegsschmerz bald erlosche. (Zeilweiser Beifall.)

Karsh (Hamburg): Wenn die beanstandeten Sätze nicht in der Resolution ständen, müßten wir sie hinzufügen. Ueber dem Interesse der einzelnen Klasse steht das Gemeininteresse der Nation. Diejenigen, die gegen die Resolution sind, verneinen nicht, daß die nationale Verteidigung notwendig ist, aber aussprechen wollen sie es nicht. Der Vorurteilismus darf in Zukunft nicht mehr so viel Einfluß haben wie bisher. (Lebhafter Beifall.)

Sauer (München) wendet sich entschieden gegen die Preispolitik der Spirituszentrale. Noch schlimmer sei der Zucker bei Zucker. Es ist unglaublich, daß die Zuckerpreise so enorm gestiegen sind. Die Resolution solle man so annehmen, wie sie vorliegt, es könnte sie ja jeder so auslegen, wie sie ihm paßt. (Zeilweiser Beifall.)

Im Schlußwort sagte Dr. Müller, man solle in die Resolution nichts hineinlegen, was nicht darin steht. Er habe vom deutschen Arbeiter nichts anderes erwartet, als daß er bei Ausbruch des Krieges so handelte, wie er gehandelt habe. Wir wissen, was nationale Existenz heißt. In dieser ersten Stunde dürfen wir uns zu einem Worte bekennen, das der eine oder andere als einen Vorstoß gegen das Neutralitätsprinzip betrachten. Die sozialdemokratische Partei, die bei Erörterung solcher Fragen ganz andere Rücksichten nehmen muß wie wir, hat am 4. August gesagt (Zuruf: Die Faktion!). In der Stunde der Gefahr lassen wir das Vaterland nicht im Stich. Wenn dies die sozialdemokratische Faktion sagen darf, dürfen wir es erst recht. (Lebhafter Beifall.)

Bei der Abstimmung wurde der Änderungsantrag Steinbach gegen eine geringe Minderheit abgelehnt und die Resolution mit allen gegen etwa fünf Stimmen angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Zu dem Punkt: „Das Versicherungswesen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine“ machte Kaufmann (Hamburg) kurze Mitteilungen. Bezüglich der Feuerversicherung sollen zunächst Vorschläge der Generalkommission abgeordnet und die Erörterung der Frage bis dahin vertagt werden.

Ueber den Internationalen Genossenschaftsbund berichtete sich Heinrich Lorenz (Hamburg). Alle schönen Reden bei internationalen Zusammenkünften hätten den Ausbruch des Weltkrieges nicht ändern können. Der Krieg sei aus wirtschaftlichen Ursachen entstanden und die Abwehr aus nationalen Gründen berechtigt. Die französischen Genossenschaften seien aus dem internationalen Bund ausgetreten, die deutschen jedoch nicht. Aus Mitteilungen englischer Genossenschaftsorgane gehe hervor, daß über den tatsächlichen Stand der Kriegsergebnisse in England vollkommen falsche Anschauungen herrschen. Redner hofft, daß man sich nach dem Kriege wieder zusammenfinde. (Beifall.)

Den Bericht der Fortbildungskommission

gibt Dr. Müller (Hamburg): Der Krieg ist nicht ohne Einfluß auf die Arbeit der Fortbildungskommission geblieben. Der dritte Unterrichtskursus für 1914 konnte nicht abgehalten werden. Auch ein Sonderkursus für die Geschäftsführer großer Konsumvereine mußte aufgeschoben werden.

Ueber die Unterstützungskasse des Zentralverbandes berichtete hierauf v. Elm (Hamburg). Die Kasse hat am 31. Dezember 1914 ihr neuntes Geschäftsjahr vollendet. Die Zahl der angeschlossenen Vereine stieg seit der Gründung von 60 auf 241, die Gesamtzahl der Mitglieder von 1050 auf 9118.

Den Bericht über die Tätigkeit des Tarifamtes gibt Dr. Müller. Am 1. August traten die neuen Tarife mit den Transportarbeitern und Bäckern in Kraft. Das Zusammenfallen des Infarktens der neuen Tarife mit der Mobilisierung hat begreiflicherweise die Einführung der neuen Tarife nicht gerade günstig beeinflusst, und die Ausnahmemaßnahmen, die mit Beginn der Kriegsergebnisse ihren Anfang nahmen, haben auch allseitig Ausnahmemaßnahmen notwendig gemacht. Das Tarifamt hat sich bemüht, diesen Ausnahmeverhältnissen Rechnung zu tragen. Es lagte eine Reihe grundsätzlicher Entschcheidungen. Den Bäckertarif hatten Ende 1914 von 240 Vereinen mit eigenen Bäckereien 97 anerkannt. Der Transportarbeiterlohn wurde von 75 Genossenschaften, von insgesamt 207, die Transportarbeiter beschäftigen, anerkannt. Inzwischen ist die Zahl der Vereine, die den Tarif anerkannten, größer geworden.

Nach Entgegennahme des Ausschussberichts wurde die Verhandlungsberechnung genehmigt und einstimmig die zumnächst ausstehenden Vorstands- und Ausschussmitglieder wiedergewählt. Damit waren die Arbeiten des Genossenschaftstages erledigt. Vorsitzender Barth schloß ihn mit der Hoffnung, daß der nächste Genossenschaftstag wieder im Frieden stattfinden werde.

Eine Rede für Kinder.

Am 30. Mai veranstaltete der Verband der französischen Genossenschaften im Pariser Trocadero ein Fest für die Flüchtlingskinder aus Belgien und Nordfrankreich. Es war sicher eine schöne Eingebung menschlichen Mitleids und solidarischer Hilfsbereitschaft, den Kleinen in der Traurigkeit und im Elend des Exils eine frohe Stunde zu bereiten. Sie zeigten sich auch für die verschiedenen künstlerischen Darbietungen sehr dankbar. Aber es gab nicht nur Lärz, Gesänge und gereimte Deklamationsstücke, sondern auch Ansprachen. Darunter eine des Genossen Vandenbeld, der über Jaurès und über die politische Lage Europas sprach. Er feierte ferner, wie die „Humanität“ berichtet, den Felden mit Liebeskriegen, der sich allein im Schweigen der Sozialdemokratie gegen die Verleugung der Verträge und gegen den Eroberungskrieg erhob, und schloß mit einem kräftigen Ausruf zur Brüderlichkeit der Völker. Sobald der jehige, für das Recht, die Freiheit und den Weltfrieden unternommene und fortgesetzte Kampf beendet sein wird. — Selbstverständlich hat Vandenbeld das Recht, die Politik der deutschen Sozialdemokratie zu kritisieren. Galt er aber das Publikum im Trocadero — „kleine Mädchen und Mädchen“ sagt die „Humanität“ — für das geeignete Tribunal? Aber am Ende ist wirklich ein Kindergeheim nötig, um zu glauben, daß die Entente und ihre Schiffe den Krieg aus reinem Idealismus führen. Ebenfalls haben, nach dem Bericht der

„Humanität“, die kleinen Mädchen während der so starken und feurigen Ansprache des Genossen Vandenbeld oft und anhaltend Beifall gestiftet.

Eine Genossenschaft Familienhilfe.

Für die Hinterbliebenen gefallener Krieger und für die Familien von Kriegsbeschädigten ist in Karlsruhe eine Genossenschaft gegründet worden, die sich die Aufgabe stellt, die Arbeitskraft der beruflich tätigen Mitglieder möglichst gut zu verwerten, indem die Arbeitsergebnisse möglichst planmäßig vertrieben werden sollen. Die Lebensmittel und sonstigen Bedarfsgegenstände sollen gemeinsam beschafft und dadurch möglichst Billigkeit beim Einkauf erzielt werden. Mit gemeinnützigen Unternehmungen wird in Verbindung getreten und auf diese Weise der Bau billiger und gesunder Wohnungen gefördert. Die Haushaltsführung wird praktisch vorgeführt und zu vereinfachen gesucht. Größere Fürsorge will man vor allem der Erziehung der Kinder gefallener Krieger widmen. In diesem Punkte dürfe kein Opfer zu groß erscheinen, denn die Kinder würden bei dem Mangel der väterlichen Erziehung am meisten unter den Nachwirkungen des Krieges leiden. Die Mitgliedschaft zur Genossenschaft kann durch einen Anteil von 30 Mark (zahlbar eventuell in Raten) erworben werden. Geschäftsstelle ist der badische Landeswohnungsverein (Ministerium des Innern) in Karlsruhe.

Neues aus aller Welt.

Ein von Frauen verprügelter Bürgermeister. In einer kleinen Stadt Mittelgaliziens, so schreibt man der „Kölnner Volkszeitung“ nach dem „Wiedenski Kurjer Volks“, waren kurz vor dem Eindringen der Russen in die Stadt die städtischen Behörden mit dem Bürgermeister nach Westgalizien geflohen. Die Russen setzten infolgedessen einen ziemlich vermögenden Barbier und Rasierer zum „Stadtpräsidenten“ ein, der auf die neue Würde nicht wenig stolz war, besonders weil die Stadtpolizisten vor ihm Front machen und sogar der russische Kommandant ihn „panie prezydencie“ (Herr Präsident) titulierte. Indessen waren eines Morgens die Tage der Russenherrschaft gezählt, der russische Kommandant befahl den Abzug, mochte aber noch zuvor eine Reihe Geiseln mit sich nehmen. Der Bürgermeister erhielt den Befehl, diese Geiseln zu stellen, was ihm zunächst einige Kopfschmerzen bereitete. Er lud daher zwölf der wohlhabendsten Bürger zu einer außerordentlichen Bürgerchaftssitzung auf das Rathaus, wo dieselben sofort von den Russen ergriffen und als Geiseln mitgeschleppt wurden. Nach Abzug der Russen und nachdem der Streich des Bürgermeisters bekannt geworden war, stürmten die Frauen der fortgeschleppten Bürger in die Wohnung des „Stadtpräsidenten“, der sich unter ein Bett verkrochen hatte. Die Frauen aber zogen ihn hervor und verprügelten ihn auf das Entsetzliche, jedoch er nur mit Mühe und Not den wütenden Weibern entfliehen konnte. Jetzt hat er auch brieflich der Stadt seine Amtsniederlegung angezeigt, und wird sich wohl in Zukunft „Bürgermeister a. D.“ nennen.

Telegramme.

Gliederbomben auf Karlsruhe.

Karlsruhe, 15. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Heute morgen griffen etwa fünf feindliche Glieder die Stadt Karlsruhe während einer Dauer von dreiviertel Stunden an. Mehrere Personen wurden getötet und verletzt. An zahlreichen Stellen wurde militärisch bedeutungsloser Sachschaden angerichtet.

Opfer deutscher Unterseeboote.

London, 15. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Die Fischereidampfer „King James“ und „James Lehmann“ sind am Samstag durch Unterseeboote zerstört worden.

Kriegsmunition und Alkohol.

London, 15. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Die „London Gazette“ gibt die Errichtung einer neuen Behörde, deren Mitglieder der Minister für Kriegsmunition ernannt und welche die Befugnis erhält, in den Industriebetrieben die Lieferung geistiger Getränke für Schankwirtschaften und Klubs zu kontrollieren. Das Blatt zeigt ferner an, daß eine neue Beschränkung in der öffentlichen Beleuchtung eintritt.

Japanischer Dampferdienst nach New York.

London, 15. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Die Rippon Yusen Kaisha beabsichtigt nach einer Meldung der „Times“, demnächst einen direkten Dampferdienst zwischen dem fernen Osten und New York durch den Panamakanal einzurichten.

Wiesbadener Theater.

Königliches Theater.

Dienstag, 15. Juni: Geschlossen.
Mittwoch, 16. Juni, 7 Uhr: „Die Jägersknechte“.
Donnerstag, 17. Juni, 7 Uhr: „Der Compeller von Saffingen“.
Freitag, 18. Juni, 7 Uhr: „Bürgerlich und romantisch“.
Samstag, 19. Juni, 7 Uhr: „Nigars Hochzeit“.
Sonntag, 20. Juni, 7 Uhr: „Carmen“.

Reichs-Theater.

Dienstag, 15. Juni, 7 Uhr (Gastspiel der Schauspielgesellschaft Rina Sandow): „Die Affäre“.
Mittwoch, 16. Juni, 7 Uhr (Gastspiel der Schauspielgesellschaft Rina Sandow): „Schattenstücke“.
Donnerstag, 17. Juni, 7 Uhr (Gastspiel der Schauspielgesellschaft Rina Sandow): „Die Affäre“.
Freitag, 18. Juni, 7 Uhr (Gastspiel der Schauspielgesellschaft Rina Sandow): „Schattenstücke“.
Samstag, 19. Juni, 7 Uhr (zum erstenmal): „Die Kreuzschreiber“.
(Gastspiel der Schauspielgesellschaft Rina Sandow.)

Restaur. zum Andreas Hofer

Schwalbacherstrasse 59.
Vorzügliche Speisen und Getränke
Restauration zu jeder Tageszeit.
Herrn empfiehlt mein feines
Bier und Wein. Abends 8 Uhr
Ludwig Stöcklein.

Die Nonne

Ein Sittenroman aus dem Klosterleben
von Denis Diderot.
Einer der berühmtesten kulturhistorischen Romane aller Zeiten.
Preis statt M. 2.— nur 40 Btg.
Buchhandlung Volksstimme

Der größte Feind ist die Gleichgültig-

Genossen! Helft die Gleichgültigen durch Verbreitung der „Volksstimme“ aufrütteln!